





Grüne Reihe

Band 1

---

# Staats- und Europarecht

Von  
Professor Walter Maier  
Rechtsanwalt  
und Steuerberater

5. Auflage  
2013

Herausgeber:  
Deutsche Steuer-Gewerkschaft

---

**efv** Erich Fleischer Verlag, Achim

**Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek**

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8168-1015-5

© 2013 Erich Fleischer Verlag, Achim

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne schriftliche Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Vervielfältigung, Übersetzung, Mikroverfilmung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Gesamtherstellung: H. M Hauschild GmbH, Bremen

---

## Vorwort zur 5. Auflage

Das Buch wurde in allen Teilen überarbeitet und in der Entwicklung von Gesetzgebung, Rechtsprechung und Literatur auf den neuesten Stand gebracht. Die Zahl der Beispiele, Schaubilder und Fälle aus Prüfungsarbeiten wurde erhöht. Dabei wurde darauf geachtet, aus der Fülle des Stoffes das Grundlegende, Exemplarische und in der Praxis häufig Wiederkehrende hervorzuheben. Verfassungsänderungen waren seit der Voraufgabe in vielen Bereichen des Grundgesetzes zu verzeichnen. Besonders ins Gewicht fielen die umfangreichen Änderungen des Grundgesetzes aufgrund der Föderalismusreform I (2006) und der Föderalismusreform II (2009). Letztere brachte eine Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen, eine Schuldenbegrenzungsregelung und Neuregelungen in den Art. 91c, 91d, 104b, 109, 109a, 115, 143d sowie Kompetenzverschiebungen im Steuerrecht (Art. 106, 106b, 107, 108).

Seine herausragende Stellung im Verfassungsgefüge stellte das Bundesverfassungsgericht erneut mit wichtigen Entscheidungen unter Beweis. Neuere Urteile zu den Grundrechten betrafen u. a. das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum (Hartz IV), den großen Lauschangriff, die Online-Durchsuchung und die Vorratsdatenspeicherung.

Ein weiterer Schwerpunkt der Neubearbeitung liegt im Europarecht, das für alle Teile des nationalen Rechts immer größere Bedeutung gewinnt. Der am 01.12.2009 in Kraft getretene Vertrag von Lissabon brachte eine grundlegende Reform der Europäischen Union. Heute sind an die Stelle des Begriffs Gemeinschaftsrecht die Begriffe EU-Recht oder Unionsrecht getreten. Die Neuerungen im Europarecht haben weitreichende Auswirkungen auf das deutsche Staats- und Verfassungsrecht und führten zu Änderungen der Art. 23, 40, 45, 45d, 87d, 91e und 93 GG. Auch die Darstellung der europäischen Rechtsprechung wurde ergänzt.

Ein eigener Abschnitt wurde der Entwicklung der europäischen Wirtschafts- und Währungspolitik gewidmet. Der Abschnitt über die Wirtschafts- und Währungsunion enthält die Rechtsgrundlagen bei Gründung der Währungsunion und deren Weiterentwicklung nach dem Lissabonner Vertrag. Die Darstellung der Währungskrise und der europarechtlichen und nationalen Rechtsinstrumente zur Bekämpfung der Krise wurde neu hinzugefügt. Die nach dem Lissabon-Urteil ergangenen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zum Europäischen „Rettungsschirm“ (ESFS, Euro-Plus-Pakt, ESM) wurden ergänzt.

Besonderes Gewicht wurde wiederum auf die Darstellung der Einflüsse des Verfassungsrechts auf das Steuerrecht gelegt. Der Verfassungsstaat ist seinem Wesen nach Steuerstaat. Sein Schicksal hängt davon ab, wie den Gewährleistungen des

Grundgesetzes im Steuerrecht Geltung verschafft wird. Die Maxime „Verfassungsrecht geht vor Steuerrecht“ ist unbestritten. Dennoch klaffen Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit im Steuerrecht stärker als in anderen Rechtsgebieten auseinander. Steuern werden auf der Grundlage von mehr als 90 Gesetzen und mehr als 100 Rechtsverordnungen erhoben, zu denen jährlich mehr als 1.000 Verwaltungsanordnungen ergehen. Einheitliche Regeln sind in vielen Fällen nicht zu erkennen. Die Kompliziertheit des Steuerrechts ist vom Bürger ebenso wenig zu bewältigen wie vom Abgeordneten, der ihn repräsentiert. Dadurch wird im Ergebnis die demokratische Legitimation und Gerechtigkeit des Steuerrechts infrage gestellt. Wer die Regellosigkeit und Systemwidrigkeit des Steuerrechts beklagt, muss nach Regeln im höherrangigen Recht suchen. Dies ist auch eine Forderung der Praxis. Immerhin stammen etwa 40 % der beim Bundesverfassungsgericht eingereichten Verfassungsbeschwerden aus dem Bereich des Abgabenrechts.

Ich wünsche dem Leser beim Studium viel Erfolg und freue mich weiterhin über Anmerkungen, Kritik und Anregungen, gerne auch per E-Mail unter [maierwalter@hs-ludwigsburg.de](mailto:maierwalter@hs-ludwigsburg.de).

Ludwigsburg, im Oktober 2012

Walter Maier

---

## Aus dem Vorwort zur 1. Auflage

Das Buch soll in die Allgemeine Staatslehre und in das Staats- und Verfassungsrecht der Bundesrepublik Deutschland einführen und einige politikwissenschaftliche Grundkenntnisse vermitteln. Der Schwerpunkt liegt beim Staats- und Verfassungsrecht und hier insbesondere bei den Grundrechten und bei den Staatszielbestimmungen. Die systematische Darstellung der Allgemeinen Staatslehre konnte knapp gehalten werden, weil einige Problembereiche an geeigneten Stellen in den konkreten Kontext des Verfassungsrechts der Bundesrepublik einbezogen sind. Dies entspricht einer verbreiteten Lehrpraxis, die mögliche Alternativen bei der Auseinandersetzung mit dem konkreten politischen System zu veranschaulichen sucht. Der Abschnitt Verfassungsgeschichte betont die historische Dimension des geltenden Staats- und Verfassungsrechts sowie die Entstehungsgeschichte der Bundesrepublik und des Grundgesetzes. Das Buch enthält keinen eigenständigen politikwissenschaftlichen Teil. Bei der Darstellung des Staats- und Verfassungsrechts wird aber Wert darauf gelegt, in exemplarischer Weise gesellschaftspolitische Kontroversen von verschiedenen Standpunkten her ideologiekritisch deutlich zu machen, so etwa beim Grundrechtsverständnis und beim Demokratie- und Sozialstaatsprinzip. Die Beschäftigung mit kontroversen Sichtweisen kann die pluralistische Offenheit, die Reichweite und die Grenzen der grundgesetzlichen Wertentscheidungen klarlegen und zugleich die politische Urteilsfähigkeit und Urteilsbereitschaft stärken.

Die finanz- und abgabenrechtlichen Verfassungsaspekte sind vertieft und fallbezogen dargestellt. Wirtschaftliche und steuerliche Bezüge des Verfassungsrechts werden in besonderen Abschnitten hervorgehoben, so etwa die aus den Grundrechten folgenden Grundsätze und Grenzen der Besteuerung, die im Sozialstaatsprinzip begründete Verpflichtung des Staates zur umfassenden Sozialgestaltung und die Besonderheiten der Finanzverfassung. Der Text geht auf die wesentlichen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts ein und ist insgesamt durch Fallbeispiele erläutert, die überwiegend aus der höchstrichterlichen Rechtsprechung stammen. Das Buch enthält in den einzelnen Kapiteln auch Übungsfälle, die den Prüfungsarbeiten der letzten Jahre entnommen sind. Der Leser sollte diese Fälle zur Lernzielkontrolle zunächst selbständig lösen, bevor er die am Ende des Buches abgedruckten Lösungsvorschläge aufschlägt.





**Inhaltsübersicht**

	Seite
<b>1 Staatsrecht, Allgemeine Staatslehre, Politik</b> .....	23
1.1 Einführung .....	23
1.2 Das Staatsrecht. ....	26
1.2.1 Staatsrecht – ein Teilgebiet des öffentlichen Rechts .....	26
1.2.2 Staatsrecht – das oberste Recht .....	28
1.2.3 Staatsrecht und Verfassungsrecht. ....	30
1.3 Allgemeine Staatslehre. ....	30
1.3.1 Gegenstand der Allgemeinen Staatslehre .....	30
1.3.2 Aufgabe der Allgemeinen Staatslehre .....	31
1.4 Begriff des Staates .....	31
1.4.1 Normativer Staatsbegriff .....	31
1.4.1.1 Drei-Elemente-Lehre .....	32
1.4.1.1.1 Staatsgebiet .....	33
1.4.1.1.2 Staatsvolk .....	35
1.4.1.1.3 Staatsgewalt .....	39
1.4.1.2 Staat als Körperschaft (juristische Person) .....	42
1.4.1.2.1 Bund und Bundesländer. ....	42
1.4.1.2.2 Andere juristische Personen des öffentlichen Rechts .....	42
1.4.1.2.3 Verwaltungsträger – Verwaltungsorgan – Organwalter .....	44
1.4.2 Soziologischer Staatsbegriff .....	45
1.4.3 Verhältnis von Staat und Gesellschaft .....	45
1.5 Staats- und Regierungsformen .....	47
1.5.1 Einteilung nach der Zahl der an der Entscheidung Beteiligten ...	47
1.5.2 Einteilung nach der Art der Amtserlangung des Staatsoberhauptes. ....	48
1.5.3 Einteilung nach den Trägern der Staatsgewalt. ....	48
1.5.3.1 Monokratische Staatsformen .....	48
1.5.3.2 Demokratische Staatsformen .....	49
1.5.3.2.1 Absolute Demokratie. ....	49
1.5.3.2.2 Die Rätedemokratie. ....	50
1.5.3.2.3 Repräsentation und Parlamentarismus .....	51
1.5.3.2.4 Regierungssysteme mit verteilter Staatsmacht. ....	52
1.6 Einheitsstaat und Staatenverbindungen. ....	53
1.6.1 Einheitsstaat. ....	53
1.6.2 Bundesstaat und Staatenbund .....	54
1.6.3 Europäische Union als Staatenverbund. ....	55
<b>2 Verfassungslehre</b> .....	56
2.1 Begriff der Verfassung .....	56
2.2 Formelles Verfassungsrecht .....	57
2.2.1 Entstehung der Verfassung .....	57

# Inhaltsübersicht

---

2.2.2	Rechtssystematische Stellung der Verfassung . . . . .	57
2.2.2.1	Arten der Rechtsquellen . . . . .	58
2.2.2.2	Recht ohne Normcharakter . . . . .	60
2.2.2.3	Stufenbau der Rechtsordnung . . . . .	61
2.2.3	Änderung der Verfassung . . . . .	62
2.2.3.1	Formelle Voraussetzungen der Verfassungsänderung . . . . .	63
2.2.3.2	Grenzen der Verfassungsänderung . . . . .	63
2.3	Funktionen und Inhalt der Verfassung . . . . .	64
2.4	Verfassungsauslegung . . . . .	65
2.4.1	Methoden der Rechtsauslegung . . . . .	65
2.4.2	Besonderheiten der Verfassungsauslegung . . . . .	66
2.5	Verfassungskonforme Auslegung . . . . .	68
<b>3</b>	<b>Verfassungsgeschichte und Grundgesetz . . . . .</b>	<b>69</b>
3.1	Der erste Versuch der Reichsgründung 1848/49 . . . . .	69
3.1.1	Geschichtliche Entwicklung der Paulskirchenverfassung . . . . .	69
3.1.2	Grundzüge der Paulskirchenverfassung . . . . .	70
3.2	Deutsches Kaiserreich von 1871 . . . . .	71
3.2.1	Geschichtliche Entwicklung des Deutschen Kaiserreiches . . . . .	71
3.2.2	Grundzüge der Verfassung des Deutschen Kaiserreiches . . . . .	71
3.2.3	Ende des Deutschen Kaiserreiches . . . . .	73
3.3	Die Weimarer Republik . . . . .	73
3.3.1	Entstehung der Weimarer Republik . . . . .	73
3.3.2	Grundzüge der Weimarer Reichsverfassung . . . . .	74
3.3.3	Ende der Weimarer Republik . . . . .	76
3.4	Pervertierung des Rechtssystems im nationalsozialistischen Staat . . . . .	76
3.4.1	Beseitigung der Grundrechte und Entrechtung von Minderheiten . . . . .	76
3.4.2	Beseitigung der parlamentarischen Demokratie und der Gewaltenteilung . . . . .	77
3.4.3	Beseitigung des Föderalismus . . . . .	77
3.4.4	Beseitigung der freien politischen Willensbildung . . . . .	77
3.4.5	Schaffung der totalen Führerdiktatur . . . . .	78
3.5	Entwicklung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg . . . . .	78
3.5.1	Zoneneinteilung . . . . .	78
3.5.2	Neuaufbau der deutschen Verwaltung . . . . .	79
3.5.3	Zusammenschluss der Westzonen . . . . .	79
3.6	Entstehung der Bundesrepublik und des GG . . . . .	80
3.7	Politische Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland im Überblick . . . . .	82
3.7.1	Westintegration . . . . .	82
3.7.2	Ostpolitik . . . . .	83
3.7.3	Rechtsslage Deutschlands vor der Wiedervereinigung . . . . .	84

3.7.3.1	Rechtslage der beiden deutschen Staaten . . . . .	84
3.7.3.2	Rechtsstellung Berlins bis zur Wiedervereinigung. . . . .	86
3.8	Wiedervereinigung Deutschlands . . . . .	86
3.8.1	Geschichtlicher Weg zur Wiedervereinigung . . . . .	86
3.8.2	Rechtlicher Weg zur Wiedervereinigung . . . . .	88
3.8.3	Einigungsvertrag. . . . .	89
3.8.3.1	Beitritt zum Bundesgebiet . . . . .	89
3.8.3.2	Änderungen des GG . . . . .	89
3.9	Rechtslage Deutschlands nach der Wiedervereinigung . . . . .	91
<b>4</b>	<b>Die Grundrechte</b> . . . . .	<b>92</b>
4.1	Grundrechte – Allgemeine Lehren . . . . .	92
4.1.1	Geschichtliche Entwicklung der Grundrechte . . . . .	92
4.1.2	Bedeutung der Grundrechte . . . . .	93
4.1.2.1	Übersicht . . . . .	93
4.1.2.2	Aktuell geltendes Recht. . . . .	93
4.1.2.3	Schutzrichtungen der Grundrechte . . . . .	94
4.1.2.3.1	Grundrechte als Abwehrrechte . . . . .	94
4.1.2.3.2	Grundrechte als Elemente objektiver Wertordnung . . . . .	95
4.1.2.3.3	Grundrechte als institutionelle Gewährleistungen. . . . .	95
4.1.2.3.4	Grundrechte als Mitwirkungsrechte. . . . .	96
4.1.2.3.5	Grundrechte als Leistungs- und Teilhaberechte. . . . .	97
4.1.2.3.6	Grundrechte als Organisationsmaximen und Verfahrensgarantien . . . . .	99
4.1.3	Grundrechtsauslegung und Grundrechtsverständnis . . . . .	99
4.1.3.1	Liberale (bürgerlich-rechtsstaatliche) Theorie . . . . .	100
4.1.3.2	Institutionelle (wertsystemische) Theorie . . . . .	100
4.1.3.3	Demokratisch-funktionale Theorie . . . . .	101
4.1.3.4	Sozialstaatliche Theorie . . . . .	101
4.1.3.5	Regeln zur Grundrechtsauslegung . . . . .	102
4.1.4	Grundrechtsfähigkeit (Grundrechtsträgerschaft) . . . . .	102
4.1.4.1	Menschenrechte – Bürgerrechte . . . . .	103
4.1.4.2	Beginn und Ende der Grundrechtsfähigkeit natürlicher Personen . . . . .	103
4.1.4.3	Grundrechtsmündigkeit natürlicher Personen . . . . .	104
4.1.4.4	Grundrechtsfähigkeit juristischer Personen (Art. 19 Abs. 3 GG) . . . . .	105
4.1.4.4.1	Inländische juristische Personen des Privatrechts . . . . .	105
4.1.4.4.2	Grundrechtsberechtigung juristischer Personen des öffentlichen Rechts. . . . .	107
4.1.5	Geltungsbereich der Grundrechte (Grundrechtsverpflichtete) . . . . .	108
4.1.5.1	Staat als Grundrechtsverpflichteter . . . . .	108
4.1.5.2	Lehre von der Fiskalgeltung der Grundrechte. . . . .	109
4.1.5.2.1	Erfüllung öffentlicher Aufgaben in der Form des Privatrechts (Verwaltungsprivatrecht) . . . . .	109
4.1.5.2.2	Rein erwerbswirtschaftliche Betätigung der Verwaltung. . . . .	109
4.1.5.2.3	Privatrechtliche Hilfsgeschäfte der Verwaltung. . . . .	110
4.1.5.3	Horizontalwirkung (Drittwirkung) der Grundrechte. . . . .	110

# Inhaltsübersicht

---

4.1.6	Verhältnis der Grundrechte zueinander . . . . .	112
4.1.6.1	Mehrere Grundrechtseingriffe . . . . .	112
4.1.6.2	Eingriff in mehrere Grundrechte . . . . .	113
4.1.6.2.1	Spezialität, Subsidiarität . . . . .	113
4.1.6.2.2	Grundrechtskonkurrenz . . . . .	113
4.1.6.2.3	Bundes- und Landesgrundrechte . . . . .	114
4.1.7	Schutzbereich und Schranken der Grundrechte . . . . .	115
4.1.7.1	Schutz- oder Normbereich eines Grundrechts . . . . .	115
4.1.7.2	Einschränkbarkeit eines Grundrechts . . . . .	116
4.1.7.2.1	Verfassungsunmittelbare Schranken . . . . .	117
4.1.7.2.2	Gesetzesvorbehalte . . . . .	117
4.1.7.2.3	Verfassungsimmanente Schranken . . . . .	118
4.1.7.3	Grenzen der Einschränkungbarkeit der Grundrechte (Schranken-Schranken) . . . . .	120
4.1.7.3.1	Formelle Grenzen freiheitseinschränkender Gesetze . . . . .	120
4.1.7.3.2	Materielle Grenzen freiheitseinschränkender Gesetze . . . . .	122
4.1.7.4	Grundrechtsbeschränkungen in Sonderstatusverhältnissen . . . . .	123
4.1.8	Schutz der Grundrechte durch die Rechtsprechung . . . . .	125
4.1.9	Grundrechte und internationales Recht . . . . .	126
4.1.10	Grundrechte und Europäisches Gemeinschaftsrecht . . . . .	127
4.2	Die einzelnen Grundrechte . . . . .	129
4.2.1	Menschenwürde – allgemeines Persönlichkeitsrecht . . . . .	129
4.2.1.1	Rechtlicher Gehalt der Menschenwürde . . . . .	129
4.2.1.2	Inhalt und Schutzrichtungen der Menschenwürde . . . . .	130
4.2.1.2.1	Recht auf eine sichere Existenz . . . . .	131
4.2.1.2.2	Recht auf individuelle Freiheit . . . . .	131
4.2.1.2.3	Recht auf Gleichheit . . . . .	134
4.2.1.2.4	Recht auf Integrität gegenüber staatlicher Gewalt . . . . .	134
4.2.1.3	Menschenwürde und Abgabenrecht . . . . .	135
4.2.2	Freiheitsrechte . . . . .	135
4.2.2.1	Freie Entfaltung der Persönlichkeit (Art. 2 Abs. 1 GG) . . . . .	135
4.2.2.1.1	Schutzbereich des Art. 2 Abs. 1 GG . . . . .	135
4.2.2.1.2	Schranken . . . . .	137
4.2.2.1.3	Handlungsfähigkeit und Steuerrecht . . . . .	137
4.2.2.2	Grundrecht auf Leben (Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG) . . . . .	138
4.2.2.2.1	Schutzbereich . . . . .	138
4.2.2.2.2	Schranken . . . . .	138
4.2.2.3	Recht auf körperliche Unversehrtheit (Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG) . . . . .	139
4.2.2.3.1	Schutzbereich . . . . .	139
4.2.2.3.2	Schranken . . . . .	139
4.2.2.3.3	Recht auf Freiheit der Person (Art. 2 Abs. 2 Satz 2 GG) . . . . .	140
4.2.2.3.3.1	Schutzbereich . . . . .	140
4.2.2.3.3.2	Schranken . . . . .	140
4.2.2.4	Recht auf Freiheit des Glaubens und des Gewissens (Art. 4 Abs. 1 GG) . . . . .	140

4.2.2.4.1	Glaubens- und Gewissensfreiheit . . . . .	141
4.2.2.4.2	Negative Glaubens- und Gewissensfreiheit . . . . .	141
4.2.2.4.3	Religiöse oder weltanschauliche Betätigung . . . . .	142
4.2.2.4.4	Schranken . . . . .	142
4.2.2.4.5	Recht auf Kriegsdienstverweigerung (Art. 4 Abs. 3 GG) . . . . .	143
4.2.2.5	Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Freiheit von Kunst, Wissenschaft, Forschung und Lehre (Art. 5 GG) . . . . .	144
4.2.2.5.1	Freiheit der Meinungsäußerung und Meinungsverbreitung . . . . .	144
4.2.2.5.2	Informationsfreiheit . . . . .	145
4.2.2.5.3	Pressefreiheit . . . . .	145
4.2.2.5.4	Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film . . . . .	146
4.2.2.5.5	Schranken des Art. 5 Abs. 2 GG . . . . .	147
4.2.2.5.6	Zensurverbot (Art. 5 Abs. 1 Satz 3 GG) . . . . .	148
4.2.2.5.7	Freiheit der Kunst (Art. 5 Abs. 3 GG) . . . . .	148
4.2.2.5.8	Freiheit der Wissenschaft (Art. 5 Abs. 3 GG) . . . . .	149
4.2.2.6	Versammlungsfreiheit (Art. 8 GG) . . . . .	150
4.2.2.6.1	Schutzbereich der Versammlungsfreiheit . . . . .	150
4.2.2.6.2	Schranken der Versammlungsfreiheit . . . . .	151
4.2.2.7	Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Art. 10 GG) . . . . .	152
4.2.2.7.1	Schutzbereich . . . . .	152
4.2.2.7.2	Schranken . . . . .	152
4.2.2.8	Freizügigkeit (Art. 11 GG) . . . . .	153
4.2.2.8.1	Schutzbereich der Freizügigkeit . . . . .	153
4.2.2.8.2	Schranken der Freizügigkeit . . . . .	153
4.2.2.9	Unverletzlichkeit der Wohnung (Art. 13 GG) . . . . .	154
4.2.2.9.1	Schutzbereich der Unverletzlichkeit der Wohnung . . . . .	154
4.2.2.9.2	Schranken der Unverletzlichkeit der Wohnung . . . . .	154
4.2.2.10	Staatsangehörigkeit und Asyl . . . . .	155
4.2.2.10.1	Schutz vor Ausbürgerung und Auslieferung . . . . .	155
4.2.2.10.2	Grundrecht auf Asyl . . . . .	156
4.2.3	Schutz von Ehe, Familie und Schule . . . . .	157
4.2.3.1	Ehe und Familie (Art. 6 GG) . . . . .	157
4.2.3.1.1	Schutzbereich und Schranken von Ehe und Familie . . . . .	157
4.2.3.1.2	Schutz von Ehe und Familie im Steuerrecht . . . . .	158
4.2.3.2	Schulwesen (Art. 7 GG) . . . . .	163
4.2.4	Grundrechte mit Bezug zu Wirtschaft, Einkommen und Vermögen . . . . .	164
4.2.4.1	Vereinigungs- und Koalitionsfreiheit (Art. 9 GG) . . . . .	164
4.2.4.1.1	Vereinigungsfreiheit (Art. 9 Abs. 1 GG) . . . . .	164
4.2.4.1.2	Koalitionsfreiheit (Art. 9 Abs. 3 GG) . . . . .	165
4.2.4.1.3	Schranken der Vereinigungs- und Koalitionsfreiheit (Art. 9 Abs. 2 GG) . . . . .	167
4.2.4.2	Berufsfreiheit (Art. 12 GG) . . . . .	167
4.2.4.2.1	Schutzbereich der Berufsfreiheit . . . . .	167
4.2.4.2.2	Schranken der Berufsfreiheit . . . . .	169
4.2.4.2.3	Sonderregelungen (Art. 12 Abs. 2, Abs. 3, Art. 12 a GG) . . . . .	172

# Inhaltsübersicht

---

4.2.4.2.4	Berufsfreiheit und Abgabenrecht . . . . .	172
4.2.4.3	Eigentumsschutz (Art. 14 GG) . . . . .	174
4.2.4.3.1	Gegenstand und Umfang der Eigentumsgarantie . . . . .	175
4.2.4.3.2	Sozialbindung des Eigentums (Art. 14 Abs. 2 GG) . . . . .	177
4.2.4.3.3	Enteignung (Art. 14 Abs. 3 GG) . . . . .	178
4.2.4.3.4	Sonstige Anspruchsgrundlagen für öffentlich-rechtliche Ersatzleistungen . . . . .	180
4.2.4.3.5	Sozialisierung (Art. 15 GG) . . . . .	182
4.2.4.3.6	Eigentumsgarantie und Abgabenrecht . . . . .	182
4.2.5	Gleichheitsschutz (Art. 3 GG) . . . . .	186
4.2.5.1	Funktion des Gleichheitssatzes . . . . .	186
4.2.5.2	Schutzrichtungen des allgemeinen Gleichheitssatzes . . . . .	187
4.2.5.3	Besondere Fallgruppen des Gleichheitssatzes . . . . .	191
4.2.5.4	Geltungsbereich des Gleichheitssatzes (Adressatenkreis) . . . . .	193
4.2.5.4.1	Gleichheitsbindung der Gesetzgebung . . . . .	193
4.2.5.4.2	Gleichheitsbindung der Verwaltung . . . . .	194
4.2.5.4.3	Gleichheitsbindung der Rechtsprechung . . . . .	195
4.2.5.5	Bedeutung der Gleichheit im Steuerrecht . . . . .	195
4.2.5.5.1	Steuergerechtigkeit . . . . .	195
4.2.5.5.2	Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit . . . . .	197
4.2.5.5.3	Systemgerechtigkeit im Steuerrecht . . . . .	199
4.2.5.5.4	Typisierungen und Pauschalierungen im Steuerrecht . . . . .	202
4.2.5.5.5	Gleichheit des Normvollzugs . . . . .	205
<b>5</b>	<b>Die Leitentscheidungen der Verfassung</b> . . . . .	<b>207</b>
5.1	Übersicht . . . . .	207
5.1.1	Präambel . . . . .	207
5.1.2	Strukturprinzipien des Art. 20 Abs. 1 GG . . . . .	207
5.2	Demokratiegebot . . . . .	208
5.2.1	Demokratietheorien . . . . .	208
5.2.1.1	Identitätstheorie – Konsenstheorie . . . . .	208
5.2.1.2	Pluralismus . . . . .	209
5.2.1.3	Konkurrenzdemokratie . . . . .	210
5.2.1.4	Theorien demokratischer Selbstentfaltung . . . . .	211
5.2.2	Demokratie i. S. d. GG . . . . .	213
5.2.2.1	Volkssouveränität . . . . .	213
5.2.2.2	Repräsentative Willensbildung . . . . .	213
5.2.2.3	Demokratie durch Abstimmungen . . . . .	214
5.2.2.4	Öffentliche Meinung . . . . .	216
5.2.3	Mehrheitsprinzip und Minderheitenschutz . . . . .	217
5.2.4	Mehrparteiensystem . . . . .	219
5.2.5	Weitere demokratische Elemente . . . . .	219
5.2.6	Freiheitlich-demokratische Grundordnung (fdGO) . . . . .	219
5.3	Rechtsstaatsgebot . . . . .	222
5.3.1	Formeller und materieller Rechtsstaat . . . . .	222

5.3.2	Rechtsstaatsbegriff des GG . . . . .	223
5.3.3	Einzelelemente des Rechtsstaatsprinzips . . . . .	223
5.3.3.1	Grundrechte, Sozialstaat und Rechtsstaat . . . . .	223
5.3.3.2	Grundsatz der Verhältnismäßigkeit (Übermaßverbot) . . . . .	224
5.3.3.3	Verfassungsstaatlichkeit . . . . .	224
5.3.3.4	Gewaltenteilung . . . . .	225
5.3.3.4.1	Entstehung und Bedeutung der Gewaltenteilung . . . . .	225
5.3.3.4.2	Gewaltenhemmung, -verschränkung und -balancierung im Einzelnen . . . . .	227
5.3.3.4.3	Schutz des Kernbereichs der Gewalten . . . . .	228
5.3.3.4.4	Horizontale und vertikale Gewaltenteilung . . . . .	229
5.3.3.4.5	Personelle Gewaltenteilung . . . . .	229
5.3.3.4.6	Gewaltenbalancierung in der Verfassungswirklichkeit . . . . .	230
5.3.3.5	Rechtsgebundenheit staatlichen Handelns . . . . .	231
5.3.3.5.1	Grundsätze des Art. 20 Abs. 3 GG . . . . .	231
5.3.3.5.2	Gesetzmäßigkeit der Verwaltung . . . . .	232
5.3.3.5.2.1	Vorrang und Vorbehalt des Gesetzes . . . . .	232
5.3.3.5.2.2	Gesetzesprüfungsrecht der Verwaltung . . . . .	235
5.3.3.5.2.3	Verwaltung und Richterrecht . . . . .	236
5.3.3.5.2.4	Gesetzmäßigkeit im Abgabenrecht . . . . .	236
5.3.4	Rechtssicherheit . . . . .	239
5.3.5	Vertrauensschutz und Rückwirkungsverbot . . . . .	239
5.3.5.1	Rückwirkung von Gesetzen . . . . .	240
5.3.5.2	Vertrauensschutz und Verwaltung . . . . .	243
5.3.5.3	Vertrauensschutz und Rechtsprechung . . . . .	244
5.3.6	Rechtsstaatliche Rechtsschutzgarantien . . . . .	244
5.3.7	Verrechtlichung . . . . .	245
5.4	Sozialstaatsgebot . . . . .	246
5.4.1	Auslegungsmodelle des Sozialstaates . . . . .	246
5.4.1.1	Traditionelle Auslegung (restriktives Modell) . . . . .	246
5.4.1.2	Konfliktmindernde Auslegung (Krisenmodell) . . . . .	247
5.4.1.3	Demokratisch-soziale Auslegung (Reform-Modell) . . . . .	247
5.4.2	Verfassungsrechtliche Grundlagen des Sozialstaates . . . . .	248
5.4.3	Rechtswirkungen des Sozialstaatsgebots . . . . .	250
5.4.3.1	Sozialstaatliches Mandat des Gesetzgebers . . . . .	250
5.4.3.2	Sozialstaatliche Pflichten von Verwaltung und Rechtsprechung . . . . .	251
5.4.3.3	Rechtswirkungen des Sozialstaates für den Bürger . . . . .	252
5.4.4	Sozialstaatsgebot und Abgabenrecht . . . . .	253
5.4.4.1	Gebot des steuerfreien Existenzminimums . . . . .	253
5.4.4.2	Horizontale und vertikale Steuergerechtigkeit . . . . .	255
5.4.4.3	Soziale Gestaltungswirkungen der Steuer . . . . .	256
5.4.5	Sozialstaatsprinzip und Wirtschaftsverfassung . . . . .	257
5.5	Bundesstaatsgebot . . . . .	258
5.5.1	Grundsätze des Bundesstaates . . . . .	258

# Inhaltsübersicht

---

5.5.2	Aufgaben des Bundesstaates . . . . .	259
5.5.3	Verteilung der Staatsaufgaben im Bundesstaat . . . . .	260
5.5.4	Rechtsbeziehungen zwischen Bund und Ländern . . . . .	261
5.5.4.1	Einwirkungsrechte des Bundes auf die Länder . . . . .	261
5.5.4.2	Einwirkungsrechte der Länder auf den Bund . . . . .	262
5.5.5	Kooperativer Föderalismus . . . . .	262
5.5.5.1	Kooperation im Bereich der Finanzausstattung . . . . .	262
5.5.5.2	Reformen des Föderalismus . . . . .	263
5.5.5.2.1	Finanzreform 1969 . . . . .	263
5.5.5.2.2	Föderalismusreform I . . . . .	263
5.5.5.2.3	Föderalismusreform II . . . . .	265
5.5.5.3	Gemeinschaftsaufgaben . . . . .	265
5.5.5.4	Andere Kooperationsformen . . . . .	267
5.5.5.5	Entwicklungstendenzen . . . . .	268
5.5.6	Vorrang des Bundesrechts . . . . .	268
5.5.7	Verfassungsmäßige Ordnung in den Ländern und kommunale Selbstverwaltung . . . . .	269
5.5.7.1	Homogenitätsgrundsatz (Art. 28 Abs. 1) . . . . .	269
5.5.7.2	Recht der kommunalen Selbstverwaltung (Art. 28 Abs. 2) . . . . .	269
5.5.8	Grundsatz des bundesfreundlichen Verhaltens (Bundestreue) . . . . .	271
5.5.9	Bundesländer und europäische Integration . . . . .	272
5.6	Umweltschutz . . . . .	272
<b>6</b>	<b>Parteien, Interessengruppen und Verbände . . . . .</b>	<b>274</b>
6.1	Politische Parteien . . . . .	274
6.1.1	Begriff und Aufgaben der politischen Parteien . . . . .	274
6.1.2	Verfassungsrechtliche Stellung der Parteien . . . . .	275
6.1.3	Gründung, Organisation und innere Ordnung der Parteien . . . . .	276
6.1.4	Parteienfinanzierung . . . . .	277
6.1.4.1	Verfassungsrechtliche Grundsätze . . . . .	277
6.1.4.2	Einnahmen der Parteien . . . . .	277
6.1.4.3	Rechtsentwicklung der Parteienfinanzierung . . . . .	278
6.1.4.4	Neuregelung der Parteienfinanzierung . . . . .	281
6.1.4.4.1	Unmittelbare Parteienfinanzierung . . . . .	281
6.1.4.4.2	Mittelbare Parteienfinanzierung . . . . .	282
6.2	Interessenverbände . . . . .	283
6.3	Bürgerinitiativen und Selbsthilfegruppen . . . . .	285
<b>7</b>	<b>Das parlamentarische Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland . . . . .</b>	<b>287</b>
7.1	Grundzüge des parlamentarischen Regierungssystems . . . . .	287
7.2	Wahlrecht . . . . .	287
7.2.1	Wesen der Wahl . . . . .	287
7.2.2	Wahlrechtsgrundsätze (Art. 38 Abs. 1 Satz 1 GG) . . . . .	288
7.2.3	Wahlssystem . . . . .	290



7.2.3.1	Mehrheitswahl und Verhältniswahl . . . . .	290
7.2.3.2	Wahlen zum Deutschen Bundestag . . . . .	291
7.3	Rechtsstellung des Bundestagsabgeordneten . . . . .	294
7.3.1	Das sog. „freie“ Mandat. . . . .	294
7.3.2	Indemnität, Immunität und Inkompatibilität. . . . .	296
7.3.3	Weitere Rechte des Abgeordneten . . . . .	297
7.4	Deutscher Bundestag . . . . .	298
7.4.1	Organisation und Arbeitsweise . . . . .	298
7.4.2	Aufgaben des Bundestages. . . . .	300
7.4.3	Reform des parlamentarischen Regierungssystems. . . . .	302
7.5	Bundesrat . . . . .	302
7.5.1	Rechtsstellung, Organisation und Arbeitsweise des Bundesrates . . . . .	302
7.5.2	Aufgaben des Bundesrates. . . . .	304
7.6	Bundesregierung. . . . .	306
7.6.1	Begriff der Regierung . . . . .	306
7.6.2	Organisation und Arbeitsweise der Bundesregierung . . . . .	306
7.6.3	Bildung und Amtsdauer der Bundesregierung . . . . .	308
7.7	Bundespräsident . . . . .	310
7.7.1	Politische Stellung und Aufgaben des Bundespräsidenten. . . . .	310
7.7.2	Wahl und Amtsdauer des Bundespräsidenten . . . . .	312
<b>8</b>	<b>Die Staatsfunktionen</b> . . . . .	<b>313</b>
8.1	Die Gesetzgebung (Art. 70 bis 82 GG). . . . .	313
8.1.1	Begriff und Aufgaben der Gesetzgebung. . . . .	313
8.1.2	Gesetzgebungszuständigkeiten von Bund und Ländern (Verbandskompetenz) . . . . .	313
8.1.2.1	Ausschließliche Gesetzgebung des Bundes . . . . .	314
8.1.2.2	Konkurrierende Gesetzgebung. . . . .	315
8.1.2.3	Abweichungsgesetzgebung. . . . .	318
8.1.2.4	Grundsatzgesetzgebung des Bundes. . . . .	318
8.1.2.5	Ungeschriebene Gesetzgebungskompetenzen des Bundes . . . . .	319
8.1.2.6	Ausschließliche Gesetzgebungszuständigkeit der Länder . . . . .	319
8.1.3	Gesetzgebungsverfahren. . . . .	320
8.1.3.1	Einleitungsverfahren (Art. 76 GG) . . . . .	320
8.1.3.2	Hauptverfahren (Art. 77, 78 GG) . . . . .	321
8.1.3.3	Abschlussverfahren (Art. 82). . . . .	325
8.1.4	Erlass von Rechtsverordnungen durch die Exekutive (Art. 80 GG). . . . .	326
8.1.5	Gesetzgebungsnotstand (Art. 81 GG) . . . . .	327
8.2	Verwaltung (Art. 83 bis 90 GG) . . . . .	328
8.2.1	Begriff und Funktion der Verwaltung . . . . .	328
8.2.2	Grundsätzliche Verteilung der Verwaltungskompetenzen . . . . .	329
8.2.3	Bundesverwaltung (Art. 86 ff. GG) . . . . .	331
8.2.4	Ausführung der Bundesgesetze durch die Landesverwaltung . . . . .	332

# Inhaltsübersicht

---

8.2.4.1	Bundesaufsichtsverwaltung (Art. 83, 84 GG) . . . . .	332
8.2.4.2	Bundesauftragsverwaltung (Art. 85 GG) . . . . .	334
8.2.5	Landeseigener Vollzug von Landesgesetzen . . . . .	336
8.3	Rechtsprechung . . . . .	336
8.3.1	Bedeutung und Aufgaben der Rechtsprechung . . . . .	336
8.3.2	Gerichtsorganisation . . . . .	337
8.3.3	Unabhängigkeit der Richter (Art. 97 GG) . . . . .	339
8.3.4	Verfassungsgarantien für das gerichtliche Verfahren (Art. 101 bis 104 GG) . . . . .	339
8.3.5	Bundesverfassungsgericht . . . . .	341
8.3.5.1	Grundlagen der Verfassungsrechtsprechung . . . . .	341
8.3.5.2	Zusammensetzung und Verfahren des BVerfG . . . . .	342
8.3.5.3	Zuständigkeiten des BVerfG . . . . .	342
8.3.5.3.1	Verfassungsbeschwerde . . . . .	343
8.3.5.3.2	Organ- und Bund-Länder-Streitigkeiten . . . . .	344
8.3.5.3.3	Abstrakte und konkrete Normenkontrolle . . . . .	345
8.3.5.4	Wirkung der Entscheidungen des BVerfG . . . . .	346
8.3.5.5	Folgen der Nichtigerklärung für Steuerbescheide . . . . .	348
8.3.5.6	Legitimation und Grenzen der Verfassungsrechtsprechung . . . . .	349
<b>9</b>	<b>Das öffentliche Finanzwesen . . . . .</b>	<b>352</b>
9.1	Bedeutung und Regelungsgehalt des öffentlichen Finanzwesens . . . . .	352
9.2	Finanzverfassung . . . . .	353
9.2.1	Verteilung der Ausgabelasten (Art. 104 a GG) . . . . .	353
9.2.1.1	Zusammenhang zwischen Finanzierungs- und Verwaltungsverantwortung (Art. 104 a Abs. 1 GG) . . . . .	353
9.2.1.2	Bundesauftragsverwaltung (Art. 104 a Abs. 2 GG) . . . . .	354
9.2.1.3	Geldleistungsgesetze (Art. 104 a Abs. 3 GG) . . . . .	354
9.2.1.4	Lastentragung bei Verletzung supra- oder internationaler Verpflichtungen (Art. 104 a Abs. 6 GG) . . . . .	355
9.2.1.5	Finanzhilfen des Bundes (Art. 104 b GG) . . . . .	356
9.2.2	Steuerhoheit . . . . .	357
9.2.2.1	Übersicht . . . . .	357
9.2.2.2	Steuergesetzgebungshoheit (Art. 105 GG) . . . . .	358
9.2.2.2.1	Begriff der Steuer . . . . .	358
9.2.2.2.2	Nichtsteuerliche Abgaben . . . . .	360
9.2.2.2.3	Sog. Sonderabgaben . . . . .	362
9.2.2.2.4	Zuständigkeiten zur Steuergesetzgebung im Einzelnen . . . . .	365
9.2.2.3	Steuerertragshoheit (Art. 106 GG) . . . . .	370
9.2.2.3.1	Grundsätze der Steuerverteilung im Bundesstaat . . . . .	370
9.2.2.3.2	Steuerverteilung zwischen Bund und Ländern . . . . .	371
9.2.2.3.3	Finanzverfassungsrechtliche Stellung der Gemeinden . . . . .	374
9.2.2.4	Horizontaler Finanzausgleich (Art. 107 GG) . . . . .	378
9.2.2.4.1	Stufen des Finanzausgleichs . . . . .	378
9.2.2.4.2	Primärer horizontaler Finanzausgleich (Art. 107 Abs. 1 GG) . . . . .	379

9.2.2.4.3	Sekundärer horizontaler Finanzausgleich (Art. 107 Abs. 2 GG) . . .	380
9.2.2.4.4	Ergänzungszuweisungen des Bundes . . . . .	383
9.2.2.4.5	Finanzausgleich im wiedervereinigten Deutschland . . . . .	384
9.2.2.5	Finanzverwaltung (Art. 108 GG) . . . . .	385
9.2.2.5.1	Überblick . . . . .	385
9.2.2.5.2	Bundesfinanzverwaltung (Bundeseigenverwaltung) . . . . .	387
9.2.2.5.3	Finanzverwaltung der Länder . . . . .	389
9.2.2.6	Finanzgerichtsbarkeit . . . . .	391
9.3	Haushaltsverfassung . . . . .	392
9.3.1	Haushaltswirtschaft von Bund und Ländern . . . . .	392
9.3.1.1	Haushaltsautonomie von Bund und Ländern . . . . .	392
9.3.1.2	Berücksichtigung allgemeiner Vorgaben . . . . .	392
9.3.1.3	Haushaltsausgleich ohne Kredite . . . . .	393
9.3.1.4	Haushaltsgrundsätze . . . . .	395
9.3.1.5	Verpflichtungen der BRD aus Rechtsakten der EU . . . . .	395
9.3.1.6	Haushaltsnotlagen . . . . .	396
9.3.2	Haushaltsverfassungsrecht des Bundes . . . . .	396
9.3.2.1	Haushaltsgesetz . . . . .	396
9.3.2.2	Haushaltsgrundsätze . . . . .	397
9.3.2.3	Bundesregierung und Bundesfinanzminister in der Haushaltsverfassung . . . . .	398
9.3.2.4	Finanzkontrolle . . . . .	399
9.3.2.5	Staatsverschuldung . . . . .	400
9.3.2.5.1	Gesetzesvorbehalt . . . . .	400
9.3.2.5.2	Begrenzung der zulässigen Kreditaufnahme . . . . .	401
<b>10</b>	<b>Die Bundesrepublik im supranationalen Recht . . . . .</b>	<b>403</b>
10.1	Staatsrecht und Völkerrecht . . . . .	403
10.1.1	Verfassungsrechtliche Vorschriften . . . . .	403
10.1.2	Internationales Steuerrecht . . . . .	404
10.1.2.1	Grundsätze . . . . .	404
10.1.2.2	Doppelbesteuerungsabkommen . . . . .	404
10.2	Mitgliedschaft in internationalen Organisationen . . . . .	406
10.2.1	Grundsätze . . . . .	406
10.2.2	Einzelne internationale Organisationen . . . . .	407
10.2.2.1	Vereinte Nationen (UNO) . . . . .	407
10.2.2.2	Nordatlantik-Pakt (NATO) . . . . .	408
10.2.2.3	Europarat . . . . .	409
10.2.2.4	Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten . . . . .	409
<b>11</b>	<b>Europarecht . . . . .</b>	<b>411</b>
11.1	Entwicklung der europäischen Einigung . . . . .	411
11.1.1	Vorgeschichte . . . . .	411
11.1.2	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) . . . . .	412

# Inhaltsübersicht

---

11.1.3	Fusion zur Europäischen Gemeinschaft . . . . .	413
11.2	Entwicklung zur Europäischen Union . . . . .	413
11.2.1	Einheitliche Europäische Akte . . . . .	413
11.2.2	Maastrichter Vertrag . . . . .	414
11.2.3	Amsterdamer Vertrag . . . . .	416
11.2.4	Vertrag von Nizza 2001 . . . . .	417
11.2.5	Erweiterung der Europäischen Union . . . . .	417
11.2.5.1	Beitritt neuer Mitglieder . . . . .	417
11.2.5.2	Europäischer Wirtschaftsraum . . . . .	418
11.2.6	Gescheiterter Verfassungsvertrag 2004 . . . . .	418
11.2.7	Vertrag von Lissabon . . . . .	418
11.2.7.1	Entstehung und Grundsätze des Vertrags von Lissabon . . . . .	418
11.2.7.2	Reform des Vertrags über die Europäische Union (EUV) . . . . .	419
11.2.7.3	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) . . . . .	421
11.2.7.4	Zuständigkeiten innerhalb der Union . . . . .	421
11.2.7.5	Verstärkte Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten . . . . .	422
11.2.7.6	Lissabon-Urteil des BVerfG . . . . .	422
11.3	Rechtsnatur und Mitgliedschaft in der Union . . . . .	423
11.3.1	Zielsetzungen und Rechtsnatur der EU . . . . .	423
11.3.1.1	Fehlender Staatscharakter der EU . . . . .	423
11.3.1.2	Staatsähnlicher Charakter der EU . . . . .	425
11.3.1.3	EU-Verfassung . . . . .	427
11.3.1.4	Ausblick . . . . .	427
11.3.2	Mitgliedschaft in der Union . . . . .	428
11.3.2.1	Beitritt in die Union . . . . .	428
11.3.2.2	Austritt aus der Union . . . . .	429
11.3.2.3	Ausschluss aus der Union . . . . .	429
11.4	Nationales und supranationales Recht . . . . .	429
11.4.1	Übertragung von Hoheitsrechten . . . . .	429
11.4.2	Wirkung der Übertragung von Hoheitsrechten . . . . .	430
11.4.3	Europa-Artikel (Art. 23 GG) . . . . .	433
11.4.3.1	Grundlagen . . . . .	433
11.4.3.2	Staatsziel des vereinten Europa . . . . .	433
11.4.3.3	Mitwirkung von Bundestag und Bundesrat . . . . .	434
11.4.3.4	Berücksichtigung der Länderinteressen . . . . .	434
11.5	Organe der Europäischen Union . . . . .	436
11.5.1	Übersicht über die Organe der Europäischen Union . . . . .	436
11.5.2	Europäisches Parlament . . . . .	437
11.5.3	Rat . . . . .	440
11.5.4	Europäischer Rat . . . . .	441
11.5.5	Europäische Kommission . . . . .	442
11.5.6	Gerichtshof der Europäischen Union . . . . .	443
11.5.6.1	Gerichtshof (EuGH) . . . . .	443
11.5.6.2	Gericht Erster Instanz und Fachgerichte . . . . .	444

11.5.7	Europäische Zentralbank . . . . .	445
11.5.8	Europäischer Rechnungshof . . . . .	445
11.5.9	Wirtschafts- und Sozialausschuss, Ausschuss der Regionen . . . . .	445
11.5.10	Europäische Investitionsbank . . . . .	446
11.6	Recht der Europäischen Union . . . . .	446
11.6.1	Vorrang des europäischen Rechts vor dem nationalen Recht . . . . .	446
11.6.2	Arten von Rechtsquellen in der EU . . . . .	447
11.6.2.1	Primäres Unionsrecht . . . . .	447
11.6.2.2	Sekundäres Gemeinschaftsrecht . . . . .	447
11.6.2.2.1	Übersicht über das sekundäre Gemeinschaftsrecht . . . . .	447
11.6.2.2.2	Verordnung . . . . .	447
11.6.2.2.3	Richtlinie . . . . .	448
11.6.2.2.4	Beschlüsse . . . . .	450
11.6.2.2.5	Empfehlungen und Stellungnahmen . . . . .	450
11.7	Funktionen im EU-Recht . . . . .	450
11.7.1	Gesetzgebung . . . . .	451
11.7.2	Verwaltung . . . . .	452
11.7.3	Rechtsprechung . . . . .	453
11.7.3.1	Vertragsverletzungsklage . . . . .	453
11.7.3.2	Nichtigkeiteklage . . . . .	453
11.7.3.3	Untätigkeitsklage . . . . .	454
11.7.3.4	Schadensersatzklage . . . . .	454
11.7.3.5	Vorabentscheidungsverfahren . . . . .	455
11.8	Rechtsstellung des EU-Bürgers . . . . .	456
11.8.1	Unionsbürgerschaft . . . . .	456
11.8.2	Diskriminierungsverbote . . . . .	457
11.9	Grundrechte der Europäischen Union . . . . .	458
11.9.1	Entwicklung der Charta der Grundrechte der Europäischen Union . . . . .	458
11.9.2	Inhalt der Charta der Grundrechte der Europäischen Union . . . . .	458
11.9.3	Anwendung und Durchsetzung der Charta der Grundrechte der Europäischen Union . . . . .	459
11.10	Wirtschaftsverfassung der Europäischen Union . . . . .	460
11.10.1	Binnenmarkt . . . . .	460
11.10.2	Grundfreiheiten . . . . .	460
11.10.2.1	Grundlagen und Durchsetzung der Grundfreiheiten . . . . .	460
11.10.2.2	Freier Warenverkehr . . . . .	462
11.10.2.3	Freizügigkeit für Arbeitnehmer . . . . .	462
11.10.2.4	Niederlassungsfreiheit für Unternehmer . . . . .	463
11.10.2.5	Freier Dienstleistungsverkehr . . . . .	464
11.10.2.6	Freier Kapitalverkehr . . . . .	464

# Inhaltsübersicht

---

11.11	Ausgewählte Politikbereiche der Europäischen Union . . . . .	465
11.11.1	Übersicht . . . . .	465
11.11.2	Außen- und Sicherheitspolitik . . . . .	466
11.11.3	Justiz- und Innenpolitik . . . . .	467
11.11.4	Wettbewerbspolitik . . . . .	467
11.11.5	Europäische Beschäftigungs- und Sozialpolitik . . . . .	468
11.11.6	Rechtsintegration im Steuerrecht . . . . .	469
11.11.6.1	Überblick . . . . .	469
11.11.6.2	Harmonisierung der indirekten Steuern . . . . .	470
11.11.6.2.1	Mehrwertsteuer . . . . .	470
11.11.6.2.2	Verbrauchssteuern . . . . .	472
11.11.6.3	Harmonisierung der direkten Steuern . . . . .	473
11.11.6.4	Steuerliche Diskriminierung des freien Personenverkehrs . . . . .	475
11.11.6.5	Rechtlich unverbindliche Maßnahmen . . . . .	477
11.11.6.6	Kooperation der Finanzverwaltungen der Mitgliedstaaten . . . . .	478
11.12	Wirtschafts- und Währungspolitik . . . . .	479
11.12.1	Rechtsintegration der Wirtschaftspolitik . . . . .	479
11.12.2	Wirtschafts- und Währungsunion . . . . .	480
11.12.2.1	Entstehung der Wirtschafts- und Währungsunion . . . . .	480
11.12.2.2	Rechtsgrundlagen der Wirtschafts- und Währungsunion . . . . .	481
11.12.2.2.1	Europarechtliche Grundlagen der WWU nach Maastricht . . . . .	481
11.12.2.2.2	Nationale Rechtsgrundlagen bei Einführung der WWU . . . . .	482
11.12.2.2.3	Europarechtliche Grundlagen der WWU nach Lissabon . . . . .	483
11.12.2.2.4	Europarechtliche Grundlage des Stabilitätsmechanismus . . . . .	484
11.12.2.2.5	Rechtsprechung des EuGH zum Stabilitätsmechanismus . . . . .	485
11.12.2.2.6	Grundlagen der WWU im deutschen Recht . . . . .	486
11.12.2.3	Krise der Währungsunion . . . . .	487
11.12.2.3.1	Entstehung der Währungskrise . . . . .	487
11.12.2.3.2	Instrumentarien zur Bekämpfung der Währungskrise . . . . .	488
11.12.2.3.3	Europarechtliche Maßnahmen in der Krise . . . . .	492
11.12.2.3.4	Rechtliche Maßnahmen im bundesrepublikanischen Recht . . . . .	492
11.12.2.3.5	Rechtsprechung des BVerfG zur Währungsunion und Euro . . . . .	493
11.12.2.3.6	Wege aus der Krise der EU . . . . .	497
	<b>Lösungen der Aufgaben</b> . . . . .	499
	<b>Literaturverzeichnis</b> . . . . .	524
	<b>Abkürzungen</b> . . . . .	528
	<b>Stichwortverzeichnis</b> . . . . .	533